

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(68. - öffentliche - Sitzung am 5. Mai 2021)

Beratungsthemen:

1. **Einsatz künstlicher Intelligenz zur Suizidprävention und Verbesserung der Sicherheit in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8729](#)

Vertreterinnen des Justizministeriums unterrichteten den Ausschuss über Überlegungen zum Einsatz künstlicher Intelligenz in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten. Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf. Er kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und legte den Kreis der Anzuhörenden fest. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Anhörung soll die Antragsberatung in der Sitzung am 2. Juni 2021 fortgesetzt werden.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung weiterer Opfergruppen der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie zur Streichung des Begriffes „Rasse“**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6116](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Gesetzesberatung fort. Er kam überein, den Gesetzentwurf wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, sobald dies vom Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen gewünscht wird.

3. **Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in Niedersachsen stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8340](#)

Ein Vertreter des Justizministeriums nahm zu dem Antrag Stellung. Der - federführende - Ausschuss bat das Ministerium um schriftliche Unterrichtung über Handlungsziele und getroffene Maßnahmen. Auf dieser Grundlage soll die Behandlung des Antrages in der Sitzung am 2. Juni 2021 fortgesetzt werden.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung von Verbänden und der Öffentlichkeit bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/7766](#)

Auf der Grundlage der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung schloss der Ausschuss die Gesetzesberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Vors. Abg. Schröder-Ehlers.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8339](#)

Ein Vertreter der Staatskanzlei nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung. Der Ausschuss vertagte die weitere Behandlung des Gesetzentwurfes, um den Fraktionen Gelegenheit zu internen Beratungen zu geben.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8717](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in der nächsten Sitzung zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

7. **Lockdown-Strategie gescheitert - engagierter, schneller und digitaler durch die Krise**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8863](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der zukunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Bereich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie (3. Nachtragshaushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8642](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sie ohne Votum ab.